

Friedensregion Bodensee e.V.

Newsletter Nr. 7

Juli 2020

Weiterleitung erwünscht!!!



Inhaltsverzeichnis

In eigener Sache: Zum Newsletter Nr. 7	2
Aktuelles: Zur Rüstungsindustrie und anderen Krankheiten der Wirtschaft	3
Aktuelles: Gedenktag zum Atombombenabwurf 1945	5
Aktuelles: Die Bedrohung des Friedens und die wachsende Kriegsgefahr	6
Aus dem Verein: Sicherheit neu denken - Säule 3	7
Aus dem Verein: Bernd Wipper (Vorstandsteam) stellt sich vor	8
Gastbeitrag: Arne Engeli zum Irrsinn atomarer Rüstung	9
Buchvorstellung: Kooperation statt Konkurrenz	10
Aus der Nachbarschaft: Das Lebenshaus Schwäbische Alb	11
Termine	12
Links	13
Impressum	14

In eigener Sache: Zum Newsletter Nr. 7

Liebe Leserinnen und Leser des FRB-Newsletters!

In unserem Juli-Newsletter finden Sie wieder aktuelle Themen aus der Region, aus Deutschland, Europa und der Welt. Wer sich gegen Rüstung und deren Produktion engagiert, der hat verstanden, warum lokales Handeln immer auch globales Denken erfordert und umgekehrt! Mayors for Peace ist gerade vorbei, in Lindau und Konstanz waren wir mit einem Stand dabei und haben versucht, die Passant*innen über die brisanten Zusammenhänge aufzuklären. Dieser Newsletter informiert Sie weiters über den Gedenktag zum erstmaligen Atombombenabwurf 1945. Wir werden an ihn am 5. und 8. August in Überlingen und Radolfzell erinnern.

Dass das konventionelle sicherheitslogische Denken etlicher Politiker noch immer von dem Glauben an ein gerechtes Wirtschaftssystem bestimmt wird, liegt auf der Hand. Wozu brauchen Staaten funktionierende Armeen, wenn die gewählten Repräsentanten nicht mehr daran festhalten sollen, dass es den Wohlstand der eigenen Bevölkerung zu verteidigen gilt?! Dabei versuchen Konzepte wie „Sicherheit neu denken“ mittelfristig, eine Balance zwischen ärmeren und reicheren Ländern zu ermöglichen. Dieser Newsletter erläutert die 3. Säule des Konzepts. Angesichts eines drohenden ökologischen Kollapses bleibt jedoch festzuhalten, dass Wohlstand und (übermäßiger) Konsum weiterhin ökologische Zerstörungen bedingen werden.

Andererseits dürften Länder mit einer unterentwickelten Infrastruktur sich kaum in die Lage versetzen können, aktiv an der Entstehung und Erforschung von globalen Überlebenskonzepten mitzuwirken. Dieser Part obliegt den hochentwickelten Industrieländern, in denen es nach wie vor eine funktionierende soziale Marktwirtschaft zu geben scheint. Das könnte und wird sich in den kommenden Jahren jedoch voraussichtlich als eine Fehleinschätzung erweisen. Denn das internationale Finanz- und Bankenwesen agiert weltweit mit legalen und noch längst nicht verbotenen Geldschöpfungs-Instrumenten, die dazu beitragen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich überall immer weiter öffnet. Im ersten Punkt unter „Aktuelles“ können Sie Weiteres über das ungesunde Gebaren des internationalen Bankenwesens erfahren. Geschäftstüchtige Großbanken halten konsequenterweise an den ungebrochen florierenden Geschäften der Rüstungsindustrie fest!

Im Namen des Redaktionsteams (Lilo Rademacher/ Christian Harms/ Frieder Fahrbach) wünsche ich Ihnen neue Einsichten beim Lesen und Stöbern in unserem Juni-Newsletter. Falls Sie Ideen und Themen für die kommenden Ausgaben haben, wenden Sie sich gerne an mich: friedensregion-bodensee@posteo.de oder telefonisch 07543/547343.

Es grüßt Sie herzlich,

Ihre Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese

Aktuelles: Zur Rüstungsindustrie und anderen Krankheiten unserer Wirtschaft (von Martina Knappert-Hiese)

Durch die SARS-CoV-2-Pandemie sind gesellschaftspolitische Probleme in einer Vielschichtigkeit erkennbar geworden, die von vielen bisher kaum wahrgenommen wurde. Aber die meisten unserer politischen Repräsentanten scheinen nach wie vor einfache Lösungen zu bevorzugen. Die geschnürten milliardenschweren Investitions- und Unterstützungspakete wirken eher wie eine Gießkanne und tragen wohl nur wenig dazu bei, dass die **Schere zwischen und Arm und Reich** nicht weiter auseinanderdriftet. Dabei hat die jetzt durch Corona verursachte Wirtschaftskrise einen unmittelbaren Vorgänger, nämlich die **globale Finanzkrise 2008**, als die Großbank Lehmann-Brothers zusammenbrach. Sie wurde damals zahlungsunfähig, weil viele Schuldner ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten. So mussten wir alle lernen, dass es einen Unterschied gibt zwischen Bargeld und **Buchgeld**, und dass Banken vor allem an Letzterem interessiert sind, weil sie damit bessere Geschäfte machen und **höhere Gewinne** erzielen können. Außerdem mussten wir erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass bestimmte Banken besonders wichtig sind und als „systemrelevant“ gelten. Diese wurden dann, wie bei uns die Commerzbank, sogar mit Steuermitteln gerettet!

Dieses **global agierende Finanz- und Wirtschaftssystem** lässt sich am besten mit dem bekannten Kinderspiel der „Reise nach Jerusalem“ erklären, bei dem zwangsläufig in jeder Runde „Jemand“ (eine Bank/ ein Betrieb/ ein Bankkunde oder Sparer usw.) rausfliegt, weil ein Stuhl fehlt. (Privat-)Insolvenzen, Bankencrashes usw. also sind notwendig, der Kapitalismus ist angewiesen auf Akteure, für die kein Stuhl mehr zur Verfügung steht. Durch **Corona** dürfte dieses Spiel einen zusätzlichen **Beschleunigungsschub** erfahren haben. Jedenfalls wird aktuell erstmals die Umverteilung von unten nach oben in dieser Pandemie ganz deutlich erkennbar! Dieser „Mechanismus“ kann in folgendem Text nachgelesen werden, den ich jedem Interessierten zum besseren Verständnis des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems sehr ans Herz legen möchte: https://www.fawn-ulm.de/wp-content/uploads/2014/06/Das-Spiel-der-Spiele_27_10_08-komplett-komprimiert.pdf

Die Finanzkrise 2008 ist also durch das **Platzen sogenannter Finanzblasen** verursacht worden, deren Entstehung die internationalen Banken zugelassen, ja sogar unterstützt haben. Denn diese Blasen verbargen die **Schulden von Immobilienkrediten**, die von Großbanken als ganz normale **Wert-/Schuld-papiere** einfach weiterverkauft wurden und werden. Neben derartigen „Wertpapieren“ wird im Casino des Finanzkapitalismus aber z.B. auch noch mit Aktien gehandelt, die zwar reale Gewinne zulassen, aber selber noch keinen dauerhaften Wert darstellen. Wir sollten uns immer vergegenwärtigen, dass auch die Corona-Hilfen zunächst als Buchgeld zur Verfügung stehen und erst dann zu Bargeld werden, wenn jemand von seinem Konto Geld abhebt. Im Nachhinein einst den Nutzen der Konjunkturpakete objektiv zu bewerten, dürfte sich daher wegen der hohen Intransparenz als durchaus problematisch erweisen.

Die Geschäftspraktiken der Banken wurden nach der Finanzkrise 2008 zu Recht als **Casino-Geschäfte bzw. Casino-Kapitalismus** bezeichnet. Auch wenn inzwischen Kontrollmechanismen eingeführt worden sind, sind wir von einer umfassenden und als gerecht empfundenen Regulierung des Bankensektors noch weit entfernt. Jedoch befinden wir uns durch die Corona-Krise aktuell an einem wichtigen Wendepunkt, den wir als Friedensregion Bodensee aktiv mitgestalten wollen und müssen! Denn ob es der Politik nun gelingt, **Weichenstellungen vorzunehmen**, die das weitere **Auseinanderdriften der Gesellschaften** verhindern, ist momentan wohl noch nicht abzusehen. Doch es wird immer deutlicher, dass die Zeche für das ausufernde Casino-Gebaren der (Groß-)Banken am Ende fatalerweise wieder die kleinen Leute zahlen. Der Skandal um die Firma Tönnies verdeutlicht beispielsweise, dass Länder wie Deutschland auf Arbeitskräfte aus weniger entwickelten EU-Staaten angewiesen sind, ohne die die

Produktion eines **hohen Wohlstandsniveaus** – häufig basierend auf niedrigen Preisen - kaum aufrechtzuerhalten ist. Auch der Insolvenz des Finanzdienstleisters Wirecard ging das Platzen einer sogenannten Finanzblase voraus, bei der systemimmanent notwendigerweise horrenden Summen von Kapital vernichtet wurden. Mit der Insolvenz sind die Aktien und damit der Börsenwert dieses Unternehmens natürlich verschwunden – genauso wie konsequenterweise auch die Arbeitsplätze!

Zusammenfassend müssen wir leider feststellen, dass wir keineswegs in einem funktionierenden ökonomischen System leben und arbeiten, wie viele Politiker uns noch immer gerne weißzumachen versuchen. Deshalb wurde schließlich im Newsletter Nr. 6 das Buch von Maja Göpel „Unsere Welt neu denken“ vorgestellt, das ja an genau diesem Punkt ansetzt! Indem es erläutert, warum Wirtschaft und Politik die Sicherung von Allgemeininteressen selbst in hochentwickelten Gesellschaften wie der bundesdeutschen kaum noch gewährleisten können, vertritt sie natürlich ein anderes Weltbild mit einem anderen Narrativ, als die meisten unserer Politiker. **Zudem macht Göpel genauso wie die „Reise nach Jerusalem“ sehr deutlich, warum zunehmender Wohlstand einiger weniger immer auch dazu beiträgt, dass Armut und Ungleichheit definitiv weiter zunehmen.**

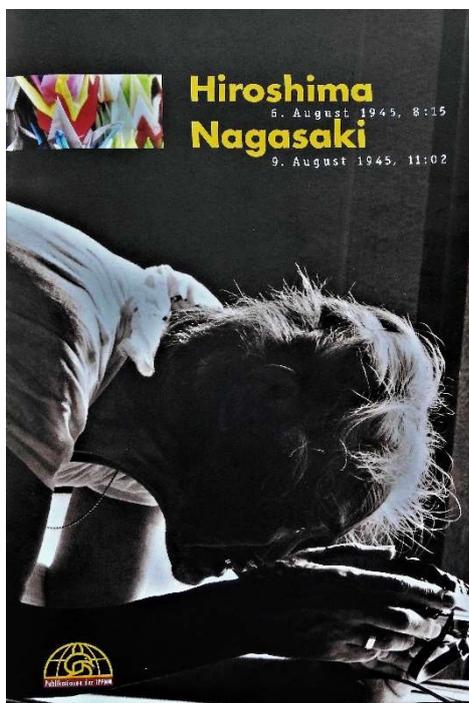


Wer diese Zusammenhänge erst verstanden hat, für den ist es dann auch überaus einleuchtend, dass gesellschaftspolitische Lösungen auf der Basis internationaler Rahmenbedingungen gefunden werden müssen, die nicht länger auf nationalstaatlichen Verteidigungshaushalten basieren. Milliarden schwere Investitionen in den Aus- und Umbau von Armeen sind als obsolet zu bezeichnen. Dass viele dennoch an dieser Art von Sicherheitslogik festhalten, dürfte ein **Narrativ widerspiegeln, das möglicherweise die Ängste einer immer älter werdenden Gesellschaft beinhaltet!** Als Friedensregion Bodensee e.V. fühlen wir uns einem gesamtgesellschaftlichen Bildungsauftrag verpflichtet und setzen uns für die Erkenntnis ein, dass die Logik von Sicherheit durch Abschreckung mit zunehmender Aufrüstung immer kontraproduktiv wirkt. Die Zukunft der Menschen auf diesem Planeten kann nur in Konzepten wie „Sicherheit neu denken“ liegen, um letztlich aus der veralteten Kriegslogik auszusteigen und sich auf den Weg einer Friedenslogik mit gemeinsamer Sicherheit zu begeben. Dazu sind momentan jedoch weder unsere nationalstaatlichen Parlamente noch internationalen Organisationen in der Lage. Auf deren akzeptierte Verstrickungen von Wirtschaft und Politik weist Andreas Zumach in folgendem Artikel hin, den ich Ihrer Lektüre empfehlen möchte. Sie werden auch hier das pathologische Muster eines ökonomischen Systems wiederfinden, in dem Frieden kaum möglich ist, weil es daran festhält, dass am Ende des Prozesses notwendigerweise Gewinner und Verlierer die „Beute“ unter sich aufteilen. Sie wissen ja nun schon: Verlierer sind auch in Deutschland immer die ganz normalen Durchschnittsbürger! <https://www.infosperber.ch/Politik/Jemen-Saudiarabien-Waffenembargo-Kriegs-opfer-Geld>

Aktuelles: Gedenktag zu den Atombombenabwürfen 1945

(von Christian Harms)

Jährlich wird am 06. August dem Atombombenabwurf über Hiroshima und am 09. August über Nagasaki gedacht. Es gibt inzwischen seit 2018 eine UN-Resolution zum weltweiten Verbot von Atomwaffen und einen ICAN-Städteappell, sich diesem Verbot anzuschließen! Albert Einstein meinte entsprechend dazu: „Es gibt keine denkbare Auseinandersetzung unter Verfeindeten, die den Einsatz solcher Waffen rechtfertigt.“ Durch die Dimension des Zerstörungspotentials der in den 1940er Jahren erstmals eingesetzten Waffen ist das alte Sicherheitsdenken gegenwärtig als **definitiv selbstzerstörerisch** zu bezeichnen! Dennoch herrscht es weiterhin vor. Die Auswirkungen dieser Waffen sind grenzenlos, und sie sind unvorstellbar schrecklich, gar endgültig, die Würde des Lebens auf unserem Planeten völlig missachtend. Und selbst im „begrenzten“ Falle ebenso ein Werk der rücksichtslosesten, lebensverachtenden Mächte.



Es ist unfassbar und unglaublich, dass es so viele Politiker, Militaristen, Wirtschaftsmenschen und andere Menschen gibt, die uns diese Option einer möglichen Kriegsführung offenbaren. Sie bekommen gar die Mittel hierzu in die Hand und erhalten die Legitimation, über solche Atomwaffen zu verfügen. Um nicht ins Hintertreffen gegenüber anderen Atommächten zu geraten, „modernisieren“ sie diese Waffen, die Anwendung wird realer gemacht, da einzelne Waffen „kontrollierter“ zerstören. Die ganze Waffengattung soll der „Abschreckung“ dienen, wie dies genannt wird. Dadurch wird aber auch die Macht zur Beherrschung anderer verliehen, die über diese Art von Waffen nicht verfügen. Es wird zudem zynischer Weise damit geworben, dass diese Abschreckung einen Jahrzehnte andauernden „Frieden“ bei uns in Europa ermögliche - und dass es daher auch nicht zu einem weiteren Weltkrieg gekommen sei. Auf diese Weise gelangt jedoch eine falsche Art von Sicherheitsdenken in viel zu viele Köpfe. Darüber hinaus stellen wir fest, dass Aktionen des Widerstandes von so manchem Prominenten und

Friedensaktiven sowie deren ethisch motivierte Veröffentlichungen sich kaum in den Wahlergebnissen wiederfinden. Obwohl eine deutliche Mehrheit die Existenz von Atomwaffen in Deutschland (Büchel!!!) ablehnt, wie Umfragen in der Bevölkerung wiederholt gezeigt haben, geben die Wahlergebnisse das nicht wieder! Obwohl wir in Deutschland wie vielen Orten in der Welt Hiroshima und Nagasaki gedenken, weil es bekannt ist, was die damaligen „kleinen“ Atombomben bereits bewirken konnten und wozu es kommen würde, wenn mehrere der modernen „großen“ Atombomben in kurzer Zeit irgendwo in der Welt gezündet werden würden, ist Deutschland direkt (durch Zulassung der Stationierung von Atombomben in Büchel) und indirekt (Ermöglichung amerikanischer Infrastruktur zur Steuerung und Lenkung von (Atom)-Waffeneinsätzen in Ramstein und Stuttgart - EUCOM und AFRICOM - in einen potentiellen Atomkrieg verwickelt.

Ganz wesentlich wäre zunächst die Schließung des Standorts in Büchel. Hier nimmt Deutschland als NATO-Partner seinen Anteil an der so genannten Nuklearen Teilhabe wahr. Das Besondere an dieser Teilhabe ist fatalerweise, dass deutsche Piloten an den derzeit noch im Einsatz befindlichen Tornados geschult werden. Sie sollen gegebenenfalls Atomwaffen in ein festgelegtes Ziel steuern, wenn das Kommando aus der NATO-Zentrale bzw. vom US-Präsidenten gegeben wird! Da die Tornados schon über

40 Jahre alt sind, soll Deutschland 45 neue, für den Atomwaffeneinsatz fähige US-amerikanische **F15-Bomber anschaffen**. Ferner steht auch die **Neubeschaffung von 90 Eurofightern** an. **Dies gilt es zu verhindern!** Es ließen sich noch andere Positionen anführen, weshalb **wir uns in Deutschland in hervorragender Weise für den weltweiten Verbot von Atomwaffen im Besonderen und für Rüstungsabbau im Allgemeinen intensiv einsetzen sollten**. **Dafür eignen sich die Gedenktage an Hiroshima und Nagasaki ganz besonders**. Wir von der Friedensregion Bodensee werden auch dieses Jahr wieder mit Infoständen **in Überlingen (6. August) und in Radolfzell (9. August)** auf den Appell zum weltweiten UN- Atomwaffen-Verbot von aufmerksam machen. Zudem wird der ICAN-Städteappell besonders hervorgehoben, dem sich am Bodensee Konstanz, Lindau, Überlingen und St. Gallen angeschlossen haben. Weitere Infos bietet folgender Link: <https://www.icanw.de/ican-staedteappell/> Als Friedensregion unterstützen wie den dringend notwendigen **Paradigmenwechsel**. Anstatt einer **militärischen Sicherheitslogik** brauchen wir national und international eine **zivile Sicherheitspolitik**, damit eine umfassende **Kultur des Friedens möglichen** werden kann, die die Würde des Menschen und allen Lebens beachtet.

05.08.2020: Gedenktag in Überlingen

08.08.2020: Gedenktag in Radolfzell

Plakataktionen in Konstanz, Radolfzell, Überlingen, Friedrichshafen und Lindau

Aktuelles: Die Bedrohung des Friedens und die wachsende Kriegsgefahr (Zusammenfassung von Lilo Rademacher)

Die Bundesregierung rüstet immer weiter auf. Eine neue Runde des Rüstungswettlaufs steht an. Der Rüstungshaushalt in der BRD steht in den Startlöchern. Dies ist für die Friedensbewegung eine beunruhigende Situation. Was sollen wir tun? Was müssen wir tun? Der Rüstungsetat ist in diesem Jahr nochmals gestiegen Und er wird weiter steigen. Deshalb müssen wir alle gegen diesen Wahnsinn deutlich „Nein“ sagen.

Dies ist umso notwendiger, da die neuen Atomwaffen für 2020 anstehen. Die Stationierung von Atomwaffen vom Typ B61-12 in Büchel rückt immer näher. Damit diese auch weiterhin von der Bundeswehr eingesetzt werden können, soll noch in diesem Jahr über die Nachfolge eines neuen Atombombers als Nachfolgemodell des Tornados entschieden werden.

Wegen Corona wurde das ab Februar und mit dem Schwerpunkt der US-Übung im Mai und Juni geplante Großmanöver Defender 2020 (genannt Def20) abgesagt. Maßgeblich unterstützt werden sollte die US-Übung im NATO-Rahmen auch durch Deutschland, das schon aufgrund seiner geografischen Lage als logistische Drehscheibe für das Manöver genutzt wird. 37.000 Soldatinnen und Soldaten sollten sich an diesem Manöver beteiligen und sich quer durch Europa bewegen. Durch Corona haben sich unsere Forderungen als Friedensbewegung nach einem Ende des Säbelrasselns nahezu erfüllt. An Stelle von Kriegsübungen muss es einen Neustart der Beziehungen mit Russland geben. Nur so kann Sicherheit für uns Alle in Europa geschaffen werden. Ein Dauerbrenner in der Diskussion sind die Rüstungsexporte. Im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung wurde eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 75% auf 6,35 Milliarden Euro gemeldet.

Wir fordern:

- **Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel und Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag**
- **Gespräche mit Russland und Neustart der Beziehungen zu Russland**
- **Sofortiger Stopp aller Rüstungsexporte**

Aus dem Verein: Sicherheit neu denken - Säule 3

(Fortsetzung des Berichts aus der Mitgliederversammlung von Frieder Fahrbach)

Deutschlands Teilhabe an einer neuen Internationalen friedenslogischen Sicherheitsarchitektur in EU, OSZE, NATO und in der UNO

Das Szenario 2040 beschreibt als 3. Säule einer neuen, zivilen Sicherheitslogik, dass die **OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)** mit ihren 57 Mitgliedsstaaten die **zentrale Organisation für Frühwarnung, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung und Konflikt-Nachsorge im europäischen Raum** wird. Als **Unterorganisation der UNO** – wie in Kapitel VII der UN-Charta beschrieben - bearbeitet sie sämtliche Konflikte innerhalb Europas mit **rein zivilen und polizeilichen Mitteln**. Die eigene Sicherheit berücksichtigt dabei auch immer die Sicherheitsinteressen des Nachbarn bzw. aller Akteure – Sicherheit ist nicht voreinander, sondern miteinander zu suchen! Das vorrangige Ziel sind bilaterale Beziehungen, bei denen ein Wertekonsens zwar nicht erreicht wird, ein globaler Interessenabgleich aber möglich wird. Möglich wird dies auf der **Basis der Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU)**.



Das Szenario 2040 beschreibt als 3. Säule einer neuen, zivilen Sicherheitslogik, dass die **OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)** mit ihren 57 Mitgliedsstaaten die **zentrale Organisation für Frühwarnung, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung und Konflikt-Nachsorge im europäischen Raum** wird. Als **Unterorganisation der UNO** – wie in Kapitel VII der UN-Charta beschrieben - bearbeitet sie sämtliche Konflikte innerhalb Europas mit **rein zivilen und polizeilichen Mitteln**. Die eigene Sicherheit berücksichtigt dabei auch immer die Sicherheitsinteressen des Nachbarn bzw. aller Akteure – Sicherheit ist nicht voreinander, sondern miteinander zu suchen! Das vorrangige Ziel sind bilaterale Beziehungen, bei denen ein Wertekonsens zwar nicht erreicht wird, ein globaler Interessenabgleich aber möglich wird. Möglich wird dies auf der **Basis der Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU)**.

Deutschland baut daher mit dem Leitbild „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik unter dem Dach der UNO, der EU und der OSZE aus. Zivile Operationen spielen damit eine immer größere Rolle im Rahmen der **Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)**. Sie sind integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. In Deutschland sind Investitionen in militärische Friedenssicherung gegenüber ziviler Friedenssicherung sozial wie ökonomisch nicht mehr zu rechtfertigen und werden gegeneinander ausgeglichen. Dafür erhöht Deutschland erheblich die finanziellen Mittel für die zivilen Komponenten der GSVP zum Aufbau einer gesamteuropäischen UNO-Polizei. Die NATO akzeptiert den rein zivilen Beitrag Deutschlands.

Auch im Rahmen der UNO setzt sich Deutschland immer stärker für **diplomatisches und humanitäres Engagement** ein. UN-Friedensmissionen sollen generell als Polizeieinsätze organisiert werden. Gegenüber heute 63 zivilen Fach- und 19 Polizeikräften entsendet Deutschland zum Jahr 2040 50.000 Friedensfachkräfte und 5.000 Polizeikräfte in internationale UN-Friedensmissionen. Die nationalen

Armeen werden korrespondierend dazu stark abgebaut bzw. abgerüstet. Deutschland ist zudem größter Einzahler in den Peace-Building Fund. Neutrale, am Völkerrecht und an Polizeiaufgaben orientierte Polizeitruppen unter dem Kommando regionaler UN-Sicherheitsräte werden in allen zwischenstaatlichen Konflikten und bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Schutz der betroffenen Menschen eingesetzt. Deutschland beteiligt sich nicht mehr an internationalen Militäreinsätzen.

Den aufsteigenden Mächten und dem globalen Süden wird eine größere **Mitwirkung in den Gremien der UNO** ermöglicht. Gleichzeitig betreibt Deutschland den Ausbau des **internationalen Strafrechts** unter dem Dach der UNO. Die **Ausbildung der Bevölkerung in resilienter Demokratie** (=> Säule 4) ist als Säule der gemeinsamen Sicherheitspolitik in der EU, OSZE und NATO etabliert.

Aus dem Verein: Bernd Wipper aus dem Vorstandsteam stellt sich vor

Schon immer wollte ich **dort leben, wo andere Urlaub machen**. Aber erst mit dem Eintritt ins Rentenalter war mir das gelungen. Und bin kurz darauf geschockt: ich bin gelandet nicht nur in der schönen heilen Welt des Bodensees, sondern inmitten der dichtesten Rüstungsregion Europas (sagt Jürgen Grässlin). Zuvor wusste ich nix davon. Ebenso wie die Mehrzahl der hiesigen Touristen. Und viele der Zugezogenen. Und - wie ich es erlebe, gibt es ja auch ein streng bewachtes Tabu in Überlingen, darüber überhaupt zu reden. Obwohl statistisch etwa jeder Vierte in der Stadt irgendeinen Verwandten oder Nachbarn hat, der in der größten Firma der Stadt sein gutes Geld verdient. Dort werden zu **100 % Rüstungsgüter** produziert.



Mich haben diese Erkenntnisse bis heute nicht ruhen lassen. Statt aber wieder z.B. in die alte Tübinger Heimat wegzuziehen, habe ich mich für Friedensarbeit hier am See entschieden, z.B. mich als Gründungsmitglied von „Keine Waffen vom Bodensee e.V.“ eingebracht. Und als es dort keinen Weg mehr gab, zivile Alternativen zu Waffen in den Vordergrund der Aktionen zu stellen, habe ich zusammen mit vielen Gleichgesinnten die **„Friedensregion Bodensee e.V.“** mitgegründet. So bin ich überzeugt: Wenn wir klar und deutlich die vielen konkreten Schritte beschreiben können, die nötig sind, dass etwa im Jahre 2040 die Bundeswehr überflüssig wird, können wir mit dieser Vision deutlich mehr Menschen erreichen, als wenn wir nur gegen die Waffenbauer demonstrieren. Zu einer wichtigen zivilgesellschaftlichen Einrichtung habe ich als gelernter Theologe besonderen Zugang: Zu meiner evangelischen **Kirche** vor Ort. Nach anfänglich sehr starkem Gegenwind haben wir hier erreichen können, dass inzwischen diese **Vision des Umstieg-Szenarios vom militärischen zum zivilen Sicherheitsdenken** auch hier am See Gehör findet. Das belegen unsere zahlreichen Veranstaltungen in den kirchlichen Räumen. 2014 waren sie uns noch versperrt! Ja, wir konnten inzwischen sogar erreichen, dass eine offizielle Schnittstelle zur Kirchengemeinde eingerichtet wurde: der **Friedenstisch**, ein Ausschuss des Kirchengemeinderates, in welchem wir seitens der FRB mit 3 Stimmen paritätisch vertreten sind. Dort können wir Veranstaltungen zur alljährlichen ökumenischen Friedensdekade planen - mit kirchlicher Unterstützung. Und mittlerweile sogar 8-Augen-Gespräche mit Vertretern der o.g. größten Firma in der Stadt führen! Diese Resonanzen in der Kirchengemeinde finde ich ermutigend für unsere Arbeit, und ich bin **dankbar** dafür!

Aus meinem beruflichen bzw. biografischen Hintergrund: Einige Jahre war ich als Dozent für Evangelische **Theologie** an der Uni Tübingen tätig, zuletzt auch an der PH Reutlingen. Danach **Assistenzarzt** u.a. in der Tropenklinik und am Uniklinikum Tübingen. Und knapp 30 Jahre war ich mit Leib und Seele **Hausarzt** in eigener Praxis im Kreis Tübingen. **Ehrenamtlich** war und bin ich wie folgt unterwegs: Viele Jahre in der **Telefonseelsorge** TÜ, davon zuletzt als deren Vorsitzender. 1976 habe ich in Tübingen den ersten **Arbeitskreis Leben** (AKL, Begleitung von Suizidalen) in Baden-Württemberg (von jetzt 17) gegründet. Eine therapeutische **Paare-Gruppe** habe ich zusammen mit meiner Frau viele Jahre betreut. Vielfach hat mich **Vernetzungsarbeit** begleitet, z.B. im Vorstand in der ärztlichen Landesorganisation MEDI-Verbund Ba-Wü. und TÜ, oder noch aktuell in der DFG-VK (als Sprecher für Bodensee-Oberschwaben), im Forum Friedensethik FFE (der Ideenschmiede für „Sicherheit neu denken“) oder im Vorbereitungsteam des Internationalen Bodensee-Friedensweges **BFW** (2020/21 in Überlingen). Ich bin verheiratet, habe drei erwachsene Kinder, zwei weitere angeheiratete, und aktuell 10 Enkel.

Gastbeitrag: Der Wahnsinn der atomaren Aufrüstung - Welch ein Irrsinn! (von Arne Engeli aus Rorschach, Leserbrief Wochenzeitung 04.06.20)

Die neun Atomwaffenstaaten setzten letztes Jahr 73 Milliarden US-Dollar für Unterhalt und Ausbau ihrer Atomwaffen ein, das sind 138'699 US-Dollar pro Minute. Das lese ich eben in dem veröffentlichten Bericht "Enough is Enough: 2019 Global Nuclear Weapons Spending." Die höchsten Ausgaben leisten sich die USA mit 35,4 Milliarden, gefolgt von China (10,4), Grossbritannien (8,9), Russland (8,5) und Frankreich (4,8). Die übrigen A-Waffen-Staaten sind Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea (zusammen 4,9). Dazu kommen noch die übrigen Rüstungsausgaben. 2019 wurden weltweit 1,92 Billionen US-Dollar ausgegeben, 3,6 % mehr als im Vorjahr. Eine irrsinnige Summe! Diese Mittel fehlen beim nötigen Aufbau einer gerechteren Welt. Zum Vergleich: Für Entwicklungshilfe werden pro Jahr rund 150 Milliarden US-Dollar bereitgestellt (gemäss OECD). Das sind insgesamt rund 7,9 % aller Rüstungsaufwendungen.



Es ist jetzt dringend, dass es mit dem UNO-Atomwaffenverbotsvertrag vorwärts geht. Unverständlich, dass der Bundesrat noch zögert. ICAN, die [Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen](#) mit Sitz in Genf, hat sich für das Zustandekommen dieses UNO-Vertrages eingesetzt und dafür 2017 den Friedensnobelpreis erhalten. Der Vertrag hat schon zwei Drittel der fürs Inkrafttreten benötigten Ratifikationen (34 von 50, darunter Österreich). Die Städte [St.Gallen, Winterthur, Luzern, Bern, Genf und Zürich](#) fordern vom Bundesrat, dass er den Beitritt der Schweiz endlich an die Hand nimmt. Das entspricht auch dem [Parlamentswillen](#). Der Bundesrat aber will das Dossier nicht vor Ende 2020 eröffnen. ICAN-Schweiz schreibt: „Diese Verzögerungstaktik ist unverständlich: angesichts der sich rasant verschlechternden weltpolitischen Lage wäre es gerade jetzt dringend nötig, dass sich die Schweiz mit *allen* ihr zur Verfügung stehenden Mitteln *konsequent* gegen Atomwaffen stellt.“ Wie ganz anders könnte die Welt aussehen, wenn Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung oberstes Ziel der Politik wären.

Buchvorstellung: Kooperation statt Konkurrenz von Christian Felber

(von Martina Heise)



Die Corona-Pandemie und der damit verbundene lock-down sind noch nicht überwunden, schon werden Stimmen laut, die möglichst rasch ein Zurück zu dem, wie es vorher war, fordern. Aber auch andere Stimmen sind zu hören, die die besondere Situation als Chance zur Veränderung begreifen und Gedanken formulieren, wie es anders als vorher im Sinne von Gemeinwohl und Nachhaltigkeit als Antwort auf die drohende Klimakatastrophe weitergehen könnte.

In diese Überlegungen lässt sich ein schmales Buch des österreichischen Autors Christian Felber einreihen. Felber ist Ökonom, Gründungsmitglied von Attac Österreich, Initiator des Projekts Bank für Gemeinwohl und der Gemeinwohl Ökonomie, außerdem Vortragender und Tanzperformer. Auch wenn das Buch bereits 2009 in Zeiten der Finanzkrise geschrieben worden ist, so lässt sich nicht nur sein Titel, sondern lassen sich auch seine Analysen eins zu eins auf die aktuelle Situation übertragen.

In den Teilen I- III geht es zunächst um die damalige Finanzkrise, um deren Ursachen und die Reaktionen von Politik und Wirtschaft. Im Teil IV aber macht der Autor unter der Überschrift „Was kann ich tun?“ zehn ganz konkrete Vorschläge, die einzeln betrachtet vielleicht als zu simpel oder als selbstverständlich erachtet werden könnten, die in ihrer Summe aber genau das zusammen-fassen, worauf es jetzt ankommt! Und vor allem die Erklärungen Felbers, was mit den einzelnen Schritten genau gemeint ist und was sie bewirken, sind äußerst erhellend:

Nun „[...] werden sich einige LeserInnen fragen, was sie denn ganz persönlich beitragen können, dass sich diese Welt zum Besseren wende. [...] Der erste Schritt ist die Überwindung der eigenen Ohnmacht. Denn obwohl viele Menschen der Ansicht sind, dass die Dinge sich in die falsche Richtung entwickeln, tun sie nichts dagegen, weil sie sich unfähig fühlen, etwas zu verändern. Sie stehen dem „System“, der „Globalisierung“ und „den Finanzmärkten“ hilflos gegenüber.“ Felber erklärt im Anschluss präzise, woher seiner Ansicht nach dieses Gefühl der Ohnmacht herrührt und er endet mit dem Apell „Nein zur

Ohnmacht! Ja zur Verantwortung“ Die folgenden Kapitel oder Schritte lassen sich durchaus als Nachschlagewerk für das eigene Handeln begreifen und machen vor allem eins: Mut!

1)Christian Felber: Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise. Wien 2017 (2. Auflage). Deuticke Verlag, S. 105.

Aus der Nachbarschaft: Das Lebenshaus Schwäbische Alb stellt sich vor



Im Juni 1993 wurde in Gammertingen der Verein „Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.“ gegründet. Entstanden ist eine kleine, politisch unabhängige Organisation mit über 90 Mitgliedern und Fördermitgliedern. Sie tritt für eine weltweite friedliche, sozial gerechte und umweltverträgliche Entwicklung ein. Das Internetportal <https://www.lebenshaus-alb.de/> hat für unsere Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit eine zentrale Bedeutung erlangt. Insgesamt befinden sich dort inzwischen weit über zehntausend Artikel. Täglich kommen neue hinzu. Zum großen Teil werden Artikel

zu aktuellen Themen veröffentlicht, etwa zu Konflikten und Kriegen, Atomausstieg, Klimakrise und Energiewende, Flucht und Asyl. Bei anderen Artikeln geht es z.B. um zivile und gewaltfreie Konfliktbearbeitung oder um Rückblicke in die Geschichte der Gewaltfreiheit, indem z.B. wichtige gewaltfreie Aktionen oder engagierte Personen dargestellt werden. Weitere Medien sind ein elektronischer Lebenshaus-Newsletter und ein vierteljährlich erscheinender gedruckter Rundbrief. Zu unserer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gehören zudem inzwischen fast 500 inhaltliche Veranstaltungen und Aktionen wie Demonstrationen, Mahnwachen und Protestkundgebungen, die wir selber organisiert oder daran mitgewirkt haben.

2013 haben wir erstmals eine Tagung mit dem Motto „We shall overcome“ und der Ergänzung „Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Drei biografische Zugänge“ organisiert. Das Echo war so positiv, dass wir seither jeden Herbst eine solche Tagung durchführen. Dabei sind uns als Referierende Menschen wichtig, die anhand ihrer persönlichen Lebensgeschichte darauf eingehen, wodurch sie zu ihrem Engagement kamen, welche konkreten Erfahrungen sie dabei gemacht haben, woraus sie Lebensmut für langfristiges Engagement schöpfen. Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Unterstützung und Begleitung von Menschen, die politisch oder rassistisch verfolgt



werden, von Flüchtlingen sowie Menschen, die sich in einer Übergangs- oder Krisensituation befinden. Im vereinseigenen *Lebenshaus* in Gammertingen können manche Menschen aus diesen Zielgruppen gemeinsam mit einer kleinen „Kerngruppe“ wohnen. Bisher haben weit über 200 Menschen mit den vielfältigsten Befindlichkeiten, die aus den unterschiedlichsten Ländern kamen, von diesem Angebot Gebrauch gemacht – manche für kurze Zeit, manche einige Jahre lang. Gerade in einer Zeit, in welcher das Menschenfeindliche der Rechtspopulisten und Rechtsextremisten auf dem Vormarsch ist und eine starke emotionale Kraft entfaltet, ist uns wichtig, Kräfte zu stärken, die an der Vision einer anderen, einer menschenfreundlichen Welt festhalten und sich dafür engagieren, in der Gerechtigkeit, Frieden und Natur zu ihrem Recht kommen.

Tagung 2020: „We shall overcome!“ Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht – drei biographische Zugänge

Samstag, 17. Oktober 2020, in Gammertingen, Landkreis Sigmaringen - 10:00 bis 18:30 Uhr Tagung und 20.00 Uhr Konzert: „Von Wegen“ - mit dem schwäbischen Liedermacher Thomas Felder

Sonntag, 18. Oktober 2020: Wanderung auf der Schwäbischen Alb

Eine Teilnahme ist sowohl an allen Veranstaltungsangeboten möglich – Tagung, Abendveranstaltung, Wanderung – als auch nur an einzelnen. Viele Organisationen, Netzwerke und soziale Bewegungen in Deutschland und weltweit wollen mit ihrem Engagement zu mehr Frieden und Gerechtigkeit beitragen und die Vision einer anderen Welt lebendig halten. Sie werden oft genug von Menschen ins Leben gerufen und am Leben erhalten, die bereit sind, gegen den Strom zu schwimmen. Das ist nicht immer einfach. Wir wollen bei unserer Tagung 2020 wieder solche Menschen ausführlich zu Wort kommen lassen, die uns mit ihrem Engagement Hoffnung und Mut zum eigenen Handeln machen. Wir freuen uns sehr, dass wir mit Thomas Felder, Renate Wanie und Hans-Hartwig Lützwow drei seit Jahrzehnten engagierte Menschen gewinnen konnten, die anhand ihrer persönlichen Lebensgeschichte auf Fragen eingehen werden. Zu dieser bereits achten Tagung „We shall overcome!“ Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht“ sind Menschen eingeladen, die sich ermutigen lassen wollen in ihrem eigenen Engagement für eine gerechtere, friedvollere und zukunftsfähige Welt. Unter anderem wird nach den Vorträgen Gelegenheit zum Austausch sein. Am Sonntag, 18.10.2020, bietet eine Wanderung auf der Schwäbischen Alb die Möglichkeit, in Bewegung und in Gemeinschaft mit anderen das am Vortag Gehörte und Erlebte sich setzen zu lassen oder auch Gedanken darüber mit anderen auszutauschen.

Kontakt: Lebenshaus Schwäbische Alb e.V., Bubenhofenstr. 3, D-72501 Gammertingen, Tel.: 0 75 74 / 28 62, E-Mail: info@lebenshaus-alb.de Internet: <https://www.lebenshaus-alb.de>

Termine

- **5. und 8. August 2020: Hiroshima-/Nagasaki-Tag**, Überlingen und Radolfzell, Infostand, Friedensregion und Plakataktion Kn, Üb, Fn, Li und Radolfzell
- **1. September 2020: Antikriegstag** des DGB seit 1957/1966; Friedrichshafen, VVN-BdA, DGB, FRB
- **19. September 2020: UN-Weltfriedenstag in St. Gallen**. Frieden-Ostschweiz
- **21. September 2020: Kunstinstallation „Waffenthron“** Lindau. Friedensräume und Friedensregion Bodensee
- **25. - 27.9.2020: Ramstein** Aktionstage in Berlin.

- **17./18. Oktober 2020: Tagung „We Shall Overcome“ Lebenshaus Schwäbische Alb, Gammertingen**
- **24. November 2020: Sicherheit neu denken mit Ralf Becker. Friedensregion Überlingen**
- **25. November 2020: Oberschwäbische Friedenswochen Ravensburg: Sicherheit neu denken, mit Ralf Becker** Veranstalter: Pax Christi/Friedensregion
- **Monatliche Termine 2020 des AK Friedensregion Bodensee:** 13.7.20, **13.8.20 Jahresausflug Lindauer Friedensweg und Friedensräume**, 14.9.20, 15.10.20, 16.11.20, 10.12.20 jeweils in Überlingen, Paul-Gerhardt-Haus, Jasminweg 19, um 16 Uhr. Gäste und InteressentInnen sind willkommen - bitte bei christian.s.harms@gmx.de anmelden
- **Lindau: jeden Freitag von 18 - 18.30 Uhr: Schweigekreis für Klimaschutz, Frieden und Gerechtigkeit**, vor dem Alten Rathaus. Teilnahme für jedeN möglich.
- **Überlingen: Schweigen für den Frieden.** Jeden 1. Montag im Monat am Mantelhafen. Friedenskreis Überlingen.
- **Führungen im Goldbacher Stollen**, Überlingen (nach Vereinbarung: O. Burger, oswald.burger@gmx.de)

Links

Glücklicherweise ist jetzt die neue Webseite der Initiative „Sicherheit neu denken“ online, auf der Sie wirklich ALLES zu diesem vielversprechenden Projekt finden können. Sie wird zudem regelmäßig gepflegt und neue Überlegungen werden zeitnah eingestellt. Auch in diesem Newsletter können Sie sich über die 3. Säule des Konzepts informieren. Unter folgenden Links finden Sie den Online-Aufruf und die Maske zum Eintragen. Suchen Sie doch auch den Austausch über diese wichtige Friedensthema in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis: <https://www.sicherheitneudenken.de/html/media/dl.html?v=191682> (Aufruf)

https://www.sicherheitneudenken.de/html/newsletter/als_einzelperson.html?&modul=28&list=335 (Unterschriftenliste) In Zusammenarbeit mit „Ohne Rüstung leben“ wurde aktuell zudem eine Postkartenaktion ins Leben gerufen, bei der jeder in knappen Worten – die eben auf eine Postkarte passen – seine Gedanken zur Sicherheit formulieren kann/darf/sollte. Machen Sie doch einfach mit: <https://www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen/wie-schaffen-wir-sicherheit.html>

Folgender Link führt Sie auf die Seite von WeltnetzTV, wo Sie Filme, Videos und Artikel zu allen möglichen kritischen Themen finden. <https://weltnetz.tv/story/2055-friedens-und-umweltbewegung-schritte-zur-zusammenarbeit> Ein Besuch dort lohnt sich auf alle Fälle. Zudem möchte ich Sie auf einen Beitrag über Thomas Piketty dort hinweisen, der in seinen aktuellen Bestsellern „Das Kapital des 21. Jahrhunderts“ und „Kapital und Ideologie“ die Geschichte der Ökonomie erforscht hat. Diese Werke stellen quasi einen faktischen Beweis dar, dass der Kapitalismus die sozialen Ungleichheiten weiter verschärft. <https://weltnetz.tv/video/2352-thomas-piketty-ungleichheit-zerstoert-die-demokratie>

Der ehemalige GRÜNE Bundestagsabgeordnete Gerhard Schick, der in der Fraktion als Finanzmarktexperte galt, hat 2018 sein Mandat zurückgegeben, um die Bürgerbewegung Finanzwende zu gründen. Neben unserer Kritik an der Rüstungsindustrie ist die Kritik am Finanzkapitalismus ein weiteres Politikfeld, das es unbedingt im Auge zu behalten gilt. So sind es beispielsweise auch die politischen Entscheidungen im Europa-Parlament, die von der Bürgerbewegung Finanzwende äußerst

kritisch bewertet werden. Die folgenden Links bieten allen Interessierten vielfältige Einblicke in dieses wichtige Feld: <https://www.finanzwende.de/kampagnen/europaeisch-handeln-spekulation-jetzt-ausbremsen/?L=0> und <https://www.finanzwende.de/mitmachen/?L=0>

Jeder kritisch denkende Mensch wird sich über seine eigene Zukunft sorgen sowie eingestehen, dass wir unseren Kindern einen Planeten in Unordnung hinterlassen. Umso wichtiger ist es daher, sich auch mit positiven Zukunftsvisionen zu beschäftigen, die durchaus möglich sind. Deshalb empfehle ich den umfangreichen Beitrag von Andreas Zumach, den Sie unter folgendem Link nachlesen können: <https://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/Wie-das-Corona-Virus-die-WHO-und-die-UNO-starkte>

Als ausgesprochen wichtig verstehen wir folgenden Link von Greenpeace: https://act.greenpeace.de/friedensmanifest?_ga=2.170131560.958103739.1593774098-321243546.1593774098 Unterzeichnen Sie bitte das Manifest, das zudem mit den Zielen der Friedensregion übereinstimmt. Klimaschutz statt Aufrüstung, Solidarität statt Abschottung und Menschlichkeit statt Barbarei.

Ein interessantes Interview mit dem 1929 geborenen Noam Chomsky finden Sie hier: <https://www.youtube.com/watch?v=0k8IXhbZpa4> Er hat alle Entwicklungen den 20. Jahrhunderts kritisch kommentiert und verdeutlicht einmal mehr, wie ernst wir die Lage nehmen müssen und wie wichtig unsere Arbeit in der Friedensregion Bodensee ist. Von ihm stammt auch folgendes Zitat:

„Wenn man die Veränderung zum Besseren für unmöglich hält, wird sie auch nicht kommen.“ (N. Chomsky)

Impressum

Der Newsletter der Friedensregion Bodensee e.V. wird herausgegeben von der Friedensregion Bodensee e.V., Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese, Altmanweg 8, 88079 Kressbronn

Mail: friedensregion-bodensee@posteo.de Telefon: 07543/547343

Internet: <https://www.friedensregion-bodensee.de/>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben angegebene Adresse.

Anregungen und Kritik sind gleichermaßen willkommen. Wir verweisen auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf unserer Homepage. Ihre Mailadresse verwenden wir ausschließlich zum internen Gebrauch.